

KLAUSUREN

für Lehrkräfte



MEHR ERFAHREN

Gemein

Baden-W

Klausuren online 



STARK

Inhalt

Vorwort

Theorie

1 Gestaltung und Umfang von Klausuren	3
1.1 Anzahl, Dauer und Inhalte der Klausuren in der Oberstufe	3
1.2 Gestaltung von Klausuren	4
1.3 Operatoren	5
1.4 Materialien	7
1.5 Verteilung von Verrechnungspunkten	8
2 Rede und Streitgespräch	9
2.1 Rede	9
2.2 Streitgespräch	10
3 Korrektur von Klausuren	12
3.1 Korrekturtipps	12
3.2 Korrekturzeichen	12
3.3 Holistische Korrektur	13

Praxis

Sozialstruktur und Sozialstaatlichkeit im Wandel

Klausur 1 Armut – (K)ein Problem in Deutschland?	17
Klausur 2 Du bleibst, was du bist: Bildungschancen – Eine Frage der Herkunft?	26
Klausur 3 Ist der Wandel des Parteiensystems eine Gefahr für die Demokratie?.....	35

Wirtschaftliche Dynamik und Wirtschaftspolitik

Klausur 4 Feinstaubalarm – die Rolle von Staat und Interessengruppen in Konfliktsituationen.	43
Klausur 5 China als Wirtschaftsmacht – eine Bedrohung des Westens?	50

Politische Institutionen und Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland

Klausur 6 Engagierte Bürger und direkte Demokratie – eine Bereicherung für Deutschland?	56
Klausur 7 Die Bedeutung der Medien für die Demokratie: Macht ohne Mandat?	63

Internationale Beziehungen und Internationale Politik

Klausur 8	Zustand und Zukunft der UNO	72
Klausur 9	Russlands Außenpolitik – Macht durch Unordnung?	81

Autoren

Nikola Knies: Klausuren 1, 2, 7, 8

Dr. Gerhard Altmann: Klausuren 3, 4, 5, 6, 9

Vorwort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Konzipieren und Korrigieren von Klausuren ist im schulischen Alltag eine zentrale Aufgabe und gerade wer am Anfang seiner Lehramtslaufbahn steht, wirft häufig sehnsüchtige Blicke auf die lange erarbeiteten umfangreichen Pools an Unterrichtsmaterialien und Klausuren der arrivierten Kolleginnen und Kollegen. Doch selbst für diese stellen Konzeption und Korrektur von Klausuren häufig noch eine Herausforderung dar, da sowohl das **Aktualitätsgebot** des Faches Gemeinschaftskunde als auch der eigene Anspruch verbieten sollten, dieselbe Klausur mehrere Jahre hintereinander schreiben zu lassen.

Durch die Betonung der **Kompetenzorientierung** seit der Bildungsplanreform des Jahres 2004 und einem **veränderten schriftlichen Abiturformat seit 2015**, das dieser Entwicklung Rechnung trägt, werden an die Klausuren in der Kursstufe besondere Ansprüche gestellt. Sie sind das zentrale Instrument zur Schulung, Vertiefung und Überprüfung **abiturrelevanter Inhalte und Methoden**.

Der vorliegende Band soll Ihnen nicht nur helfen, den **Konzeptions- und Korrekturaufwand zu reduzieren**, sondern gleichzeitig durch angemessene und faire Aufgaben das Leistungsniveau der Schüler zu ermitteln und eine transparente und konstruktive Beurteilung vorzunehmen.

Wir hoffen, dass das vorliegende Buch dadurch auch einen Beitrag zur bestmöglichen Vorbereitung Ihrer Schülerinnen und Schüler auf die Abiturprüfungen leistet.

Gleichzeitig eignet sich diese Sammlung natürlich auch, um in Ihrer Gemeinschaftskundefachschaft **gemeinsame Standards** für die Erstellung und Bewertung von Kursstufenklausuren zu diskutieren und zu entwickeln.

Die Autoren dieses Bandes und der Verlag wünschen Ihnen **viel Erfolg** beim Einsatz der Klausuren im Unterricht sowie bei Ihrer eigenen Klausurerstellung.



Nikola Knies & Dr. Gerhard Altmann

Info

Alle in diesem Band enthaltenen Klausuren und Erwartungshorizonte können Sie auch direkt aus dem **Download-Bereich** als Word- oder PDF-Datei herunterladen, bearbeiten und ausdrucken.

1 Gestaltung und Umfang von Klausuren

1.1 Anzahl, Dauer und Inhalte der Klausuren in der Oberstufe

Im **vierstündigen Kernfach** (ab 2019 fünfstündiges Leistungsfach) Gemeinschaftskunde werden in den ersten drei Halbjahren zwei Klausuren, im letzten Halbjahr eine Klausur geschrieben. Dabei ist es ratsam, zumindest einmal in der Kursstufe eine Langzeitklausur anzusetzen. Der **zweistündige Kurs** Gemeinschaftskunde wird im ersten und vierten Halbjahr der Kursstufe unterrichtet. Hierbei wird pro Halbjahr eine Klausur geschrieben.

Jede Klausur, unabhängig davon, ob sie im **Neigungs- oder Pflichtfach** geschrieben wird, sollte mehrere Standards des Bildungsplanes abdecken, also **thematisch nicht zu eng** gefasst sein.

Der Bildungsplan (2004) sieht im zweistündigen Kurs folgende Themen vor:

1. Politische Institutionen und Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland
 - 1.1 Politische Teilhabe und Demokratie
 - 1.2 Kontrolle politischer Herrschaft und politischer Entscheidungsprozess
2. Wirtschaftswelt und Staatenwelt
 - 2.1 Weltwirtschaft und internationale Politik
 - 2.2 Friedenssicherung und Konfliktbewältigung

Der vierstündige Kurs deckt folgende Themen ab:

1. Sozialstruktur und Sozialstaatlichkeit im Wandel
 - 1.1 Gesellschaftlicher Wandel und gesellschaftspolitische Herausforderungen
 - 1.2 Bevölkerungsentwicklung und Migration
 - 1.3 Die Ausgestaltung des Sozialstaats
2. Wirtschaftliche Dynamik und Wirtschaftspolitik
 - 2.1 Markt und Staat
 - 2.2 Aufgaben der Stabilisierungspolitik
 - 2.3 Globalisierung und Strukturwandel
3. Politische Institutionen und Prozesse
 - 3.1 Politische Teilhabe und Demokratie
 - 3.2 Gewaltenteilung und Kontrolle politischer Herrschaft
 - 3.3 Politischer Entscheidungsprozess
4. Internationale Beziehungen und internationale Politik
 - 4.1 Struktur der Staatenwelt und Konfliktbewältigung
 - 4.2 Friedenssicherung durch Demokratisierung und Menschenrechtspolitik

Im vierstündigen Kurs bietet es sich nicht immer an, die Themen in der oben genannten Reihenfolge zu unterrichten. Vielmehr kann die Auswahl an Schwerpunktthemen im Abitur eine Umstellung ratsam erscheinen lassen.

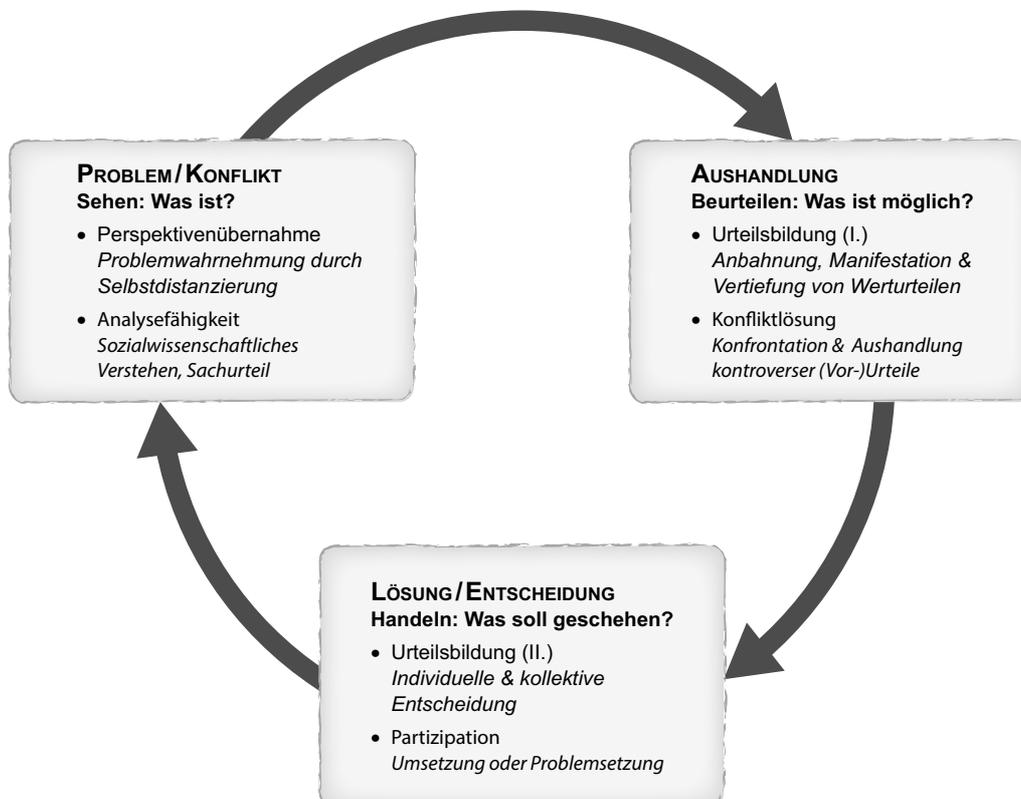
Ab dem Abitur 2019 sind (bis auf Weiteres) folgende Themen als Schwerpunktthemen ausgewiesen:

1. Sozialstruktur und Sozialstaatlichkeit im Wandel, ohne den Themenbereich europäische Ebene
2. Internationale Beziehungen und internationale Politik

1.2 Gestaltung von Klausuren

Bei der Erstellung von Klausuren in der Oberstufe sind Sie in der konkreten Ausgestaltung relativ frei, sollten jedoch darauf achten, dass Sie im Fall von Parallelkursen in Bezug auf Umfang und Niveau Absprachen treffen. Generell hat es sich bewährt, die folgenden Aspekte bei der Konzeption von Klausuren zu berücksichtigen:

- Wenn möglich, sollte eine **Kontextualisierung** verfasst, zumindest aber durch eine prägnante, problemorientierte Fragestellung in Form einer Überschrift ein klarer thematischer Zusammenhang formuliert werden.
- Die Klausur muss **materialgestützt** konzipiert werden: Mögliche Materialien sind – auch im Abitur – Karikaturen, Grafiken und grafische Darstellungen (Mindmaps, Flussdiagramme, Karten, Statistiken) und natürlich verschiedene Textsorten.
- Die (Teil-)Aufgaben **bauen aufeinander auf**, können aber dennoch weitgehend unabhängig voneinander gelöst werden.
- Zu beachten sind die zentralen didaktischen Prinzipien der **Aktualität** und der **Kontroversität**.
- Es empfiehlt sich, wenigstens einmal vor dem Abitur eine **Langzeitklausur** im Umfang von mindestens vier Schulstunden zu schreiben, um die Schülerinnen und Schüler mit der Materialfülle sowie mit der zeitlichen Disposition vertraut zu machen.
- Es hat sich bewährt, die Aufgabenkonstruktion an das fachdidaktische Modell des Politikzyklus (nach Andreas Petrik) anzulehnen und dem „**didaktischen Dreischritt**“ zu folgen:
 - „**Was ist?**“ (i. d. R. Anforderungsbereich I und II)
 - „**Was ist möglich?**“ (i. d. R. Anforderungsbereich II)
 - „**Was soll geschehen?**“ (i. d. R. Anforderungsbereich III)



Quelle: Andreas Petrik: Ein politikdidaktisches Kompetenz-Strukturmodell. In: Ingo Juchler (Hrsg.): Kompetenzen in der politischen Bildung. Wochenschau-Verlag: Schwalbach / Ts. 2010, S. 146

Aufgabenkonstruktion

- a) „Was ist?“
- Variante 1: umfassende Textbearbeitung anhand eines oder zweier Materialien (z. B. „beschreiben“, „herausarbeiten“)
 - Variante 2: „steinbruchartige“ Textbearbeitung, Materialien nur noch als Bezugspunkt und selektive Auswertung in Bezug auf Fragestellung (z. B. „Beschreiben Sie mithilfe der Materialien 1–4 ...“)
- b) „Was ist möglich?“
- Variante 1: Reorganisation und Transfer (z. B. „erläutern“, „erklären“)
 - Variante 2: Reorganisation und Transfer mithilfe vorgegebener Materialien, die zusätzliches Sachwissen einbringen (z. B. „darstellen“, „vergleichen“)
 - Variante 3: Reorganisation und Transfer mittels des Operators „erstellen“ (möglich seit 2016)
- c) „Was soll geschehen?“
- Variante 1: Reflexion und Problemlösung (z. B. „beurteilen“, „bewerten“, „erörtern“)
 - Variante 2: Reflexion und Problemlösung mittels des Operators „gestalten“ (Rede und Streitgespräch als Wahlaufgabe möglich seit 2015)

Tipp

Es hat sich bewährt, den Schülerinnen und Schülern den didaktischen Dreischritt zu vermitteln, um sie in die Lage zu versetzen, diesen selbst, v. a. bei Aufgaben aus dem dritten Anforderungsbereich, anzuwenden.

1.3 Operatoren

Operatoren sind handlungsinitiierende Verben, die signalisieren, welche Tätigkeiten beim Bearbeiten von Aufgaben erwartet werden. Im Basisoperatorenkatalog der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer in Baden-Württemberg finden Sie alle Operatoren, sowie die Erklärungen der jeweiligen Arbeitsanweisung, die in der schriftlichen Prüfung erwartet werden können.

Die Operatoren sind dabei nach Anforderungsbereichen gegliedert und reichen von der Wiedergabe von Wissen (**Reproduktion**) über die vertiefende Bearbeitung und die angemessene Anwendung gelernter Methoden und Inhalte auch auf andere Sachverhalte (**Reorganisation und Transfer**) bis zur **Reflexion und Problemlösung**, dem dritten und höchsten Anforderungsbereich.

Zwar lassen sich weder die Anforderungsbereiche scharf gegeneinander abgrenzen noch die zur Lösung einer Prüfungsaufgabe erforderlichen Teilleistungen in jedem Einzelfall eindeutig einem bestimmten Anforderungsbereich zuordnen, die Berücksichtigung der Anforderungsbereiche trägt aber wesentlich dazu bei, die in den Bildungsstandards geforderten Kompetenzen **valide zu überprüfen** sowie die **Evaluation der Prüfungsleistungen** allen Beteiligten **transparent** zu machen.

Die verschiedenen Anforderungsbereiche sind in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit zu sehen. Das bedeutet, dass der Anforderungsbereich III die Anforderungsbereiche I und II, der Anforderungsbereich II den Anforderungsbereich I einschließt. Sollen beispielsweise in verschiedenen Materialien zum Ausdruck kommende Positionen verglichen werden (= Anforderungsbereich II), so müssen die zentralen Aspekte die jeweilige Position betreffend zunächst aus den Materialien herausgearbeitet werden (= Anforderungsbereich I).

Feinstaubalarm – die Rolle von Staat und Interessengruppen in Konfliktsituationen

Name: _____

Datum: _____

Aufgabenstellung

Die Landeshauptstadt Stuttgart wird seit Jahren von einer gesundheitsgefährdenden Belastung durch Feinstaub geplagt. Bei Feinstaubalarm appellieren die Stadt und das Land Baden-Württemberg an die Stuttgarter und die Pendler, das Auto möglichst nicht zu nutzen und stattdessen auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Seit 2005 darf aufgrund einer EU-Richtlinie eine Feinstaub-Konzentration von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter im Tagesmittel an höchstens 35 Tagen im Kalenderjahr überschritten werden.

- 1 Erläutern Sie – basierend auf M 1, M 2 und M 3 – den Konflikt um die Luftverschmutzung in Stuttgart mithilfe des Politikzyklus M 4. 10 VP
- 2 Der Autor von M 1 thematisiert u. a. die Rolle von Interessengruppen (vgl. Z. 19 ff.). Stellen Sie deren Rolle in der Wirtschaftspolitik dar. 8 VP
- 3 Gestalten Sie ein Streitgespräch über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft. 12 VP

M 1 Münchhausen und der Feinstaub

Von Martin Winterling

Im militärischen Jargon gesprochen, formieren sich die Bataillone für die erste Feinstaub-Schlacht um Stuttgart. Die Landeshauptstadt wird eines gar nicht mehr so fernen Tages um Fahrverbote nicht herumkommen. Die Gegner rüsten sich zum Kampf. Die Stuttgart-Pendler haben ihr Urteil über die Feinstaubalarmlänge längst gesprochen. Die Appelle, freiwillig aufs Auto
5 zu verzichten, sind ihnen schnurzpiegegal.

Der Weg zu Fahrverboten wird kein leichter sein. Die Verbote sind übrigens kein grünes Teufelszeug, wie so mancher Auto- und Abgasfan glauben mag. Allenfalls handelt es sich um bürokratischen Unfug vom Brüsseler Misthaufen, dessen Alternative nur im Stuxit bestehen kann. Also dem Ausstieg Baden-Württembergs aus der überflüssigen EU. Mit ihrer Feinstaubrichtlinie dient sie ja doch bloß der Gesundheit von Menschen, die in den smoggeplagten
10 Städten leben.

Was ist ein Menschenleben gegen die freie Marktwirtschaft! Nichts, folgt man den Verlautbarungen in den letzten Wochen und Monaten. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel¹ und Verkehrsminister Alexander Dobrindt², Pat und Patachon³ der deutschen Politik, haben sich im
15 Schulterschluss gegen Fahrverbote ausgesprochen – freilich ohne eine vernünftige Alternative anzubieten. Das Handwerk greift verbal zur Artillerie und spricht von Enteignung, sollten seine Lieferwägel und Transporter bei Smoglagen nicht mehr ungehindert die Luft in Stuttgart verpesten dürfen.

Das Säbelrasseln wird immer lauter. Eine Interessengruppe nach der anderen wird sich zu
20 Wort melden und freie Fahrt für freie Stinker einfordern. Sollten Fahrverbote kommen, wird die Ärzteschaft, ihrer dicken Diesel-SUVs gedenkend, den Teufel eines medizinischen Notstands an die Wand malen, der Einzelhandel wird den Untergang prophezeien, die Industrie mit Millionen verloren gegangenen Arbeitsplätzen drohen – und selbst der Verband baden-württembergischer Herrenfriseurinnen wird uns glauben machen wollen, dass Fahrverbote zu Haarausfall führen. Logisch. Es ist ja auch zum Haareraufen, wie man den Bären waschen soll, ohne
25 sein Fell nass zu machen. Möge uns Freiherr von Münchhausen als Vorbild dienen, der sich einst am eigenen Schopf aus dem Sumpf zog. Übrigens samt seinem Pferd, „welches ich fest zwischen meine Knie schloß“. An solchen Kunststücken sollte sich der Stuttgarter Oberbürgermeister ein Beispiel nehmen, anstatt uns Autofahrern die gute Laune an schlechter Luft zu
30 miesen.

Martin Winterling, Münchhausen und der Feinstaub, Zeitungsverlag Waiblingen - Rems-Murr-Rundschau, 31. 12. 2016, <https://www.zvw.de/inhalt.rundschlag-muenchhausen-und-der-feinstaub.5a0e3f20-fbff-4e7d-9eeb-fce86f96d650.html>

Anmerkungen

- 1 Sigmar Gabriel (SPD) war von Dezember 2013 bis Januar 2017 Bundeswirtschaftsminister und von Januar 2017 bis März 2018 Bundesaußenminister im Kabinett Merkel III.
- 2 Alexander Dobrindt (CSU) war von Dezember 2013 bis Oktober 2017 Bundesverkehrsminister im Kabinett Merkel III.
- 3 Pat und Patachon waren ein dänisches Komikerduo. Der Ausdruck wird sprichwörtlich verwendet für das ungeschickt wirkende Nebeneinander zweier sehr unterschiedlich gebauter Personen.

ERWARTUNGSHORIZONT

Info

Bildungsplanbezug

2 Wirtschaftliche Dynamik und Wirtschaftspolitik

2.1 Markt und Staat

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Dynamik der Marktwirtschaft anhand einzelner Aspekte beschreiben.
- ökologische und gesellschaftliche Folgeprobleme erläutern.
- zu Grundpositionen in der Debatte über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft Stellung nehmen.

2.2 Aufgaben der Stabilisierungspolitik

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Dynamik der Marktwirtschaft anhand einzelner Aspekte beschreiben.

Bearbeitungszeit

110 Minuten

Aufgabe 1

■ Hinweise zur Korrektur

Es handelt sich bei dieser Aufgabe um eine sehr aktuelle Thematik. Die vorliegende Lösung spiegelt also lediglich den Stand Mitte 2018 wider. Außerdem ist darauf zu achten, dass die Lösungen der Schüler je nach Ausführlichkeit der Behandlung des Themas im Unterricht unterschiedlich ausfallen.

■ Einleitung

Das Problem der **Luftverschmutzung** in Stuttgart liegt auf der Hand und es findet eine große **Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen** statt. Erste politische Entscheidungen wurden aber noch nicht getroffen.

■ Problem

Stuttgart weist deutschlandweit die **höchsten Messwerte für Feinstaub und Stickstoffoxid** auf, die beide gesundheitsschädigend wirken (vgl. M 2). In den ersten vier Monaten der Jahre 2016 und 2017 wird der EU-weit geltende Grenzwert für Feinstaub an 35 bzw. 38 Tagen überschritten (vgl. Überschreitungstage in M 3). Der Konflikt kreist um die **Vereinbarkeit ökonomischer und ökologischer Ziele**, die in der Autostadt Stuttgart wie unter einem Brennglas sichtbar werden.

■ Auseinandersetzung

Der Appell an Autofahrer, an Tagen mit Feinstaubalarm auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, fruchtet nicht (vgl. M 1, Z. 4 f.). Daher könnten **Fahrverbote** aufgrund des geltenden EU-Rechts unvermeidbar werden (vgl. Z. 6 ff.). Sowohl Vertreter der Bundesregierung, wie der Verkehrs- und Wirtschaftsminister (vgl. Z. 13 ff.), als auch das lokale Handwerk (vgl. Z. 16) sprachen sich dagegen aus. Weitere **Interessengruppen** schalten sich ebenfalls in die Debatte ein.

Vgl. die **ironisch-satirische Darstellung** im Text:

- „die Ärzteschaft, ihrer dicken Diesel-SUVs gedenkend“ (Z. 21)
- „der Verband baden-württembergischer Herrenfriseur[e], der] uns glauben machen [will], dass Fahrverbote zu Haarausfall führen“ (Z. 23 ff.)

■ Entscheidung

Politische Entscheidungen stehen noch aus, doch infolge eines Gerichtsurteils vom Dezember 2017 muss das Land Baden-Württemberg bis Ende April 2018 den Verkehr am Neckartor an Tagen mit hoher Luftbelastung um 20 Prozent reduzieren. Die Hersteller von Dieselfahrzeugen gewähren Kunden eine Umweltprämie von bis zu 10 000 Euro, wenn sie einen alten Selbstzylinder mit Abgasnorm Euro 4 oder schlechter gegen ein neues Modell tauschen.

■ Umsetzung der Entscheidung

Die Umsetzung hängt einstweilen vom **Verhalten der Konsumenten** ab; die **staatliche Umsetzung des Gerichtsurteils** steht noch aus und dürfte angesichts der z. T. massiv geäußerten Bedenken verschiedener Interessengruppen (Automobilindustrie, Gewerbetreibende, Autofahrer) schwierig werden.

■ Bewertung der Entscheidung/Ergebnis

stehen noch aus

Aufgabe 2

■ Ziel

Beeinflussung der Regierung im Sinne ihrer speziellen (ökonomischen) Interessen

■ Vorgehensweise

- **Kommunikation** innerhalb des Verbands (Interessenaggregation)
- wechselseitige **Unterstützung** der Verbandsmitglieder
- **Vertretung** gemeinsamer Interessen nach außen
- **Beeinflussung** der Wählerinnen und Wähler sowie der öffentlichen Verwaltung
- finanzielle **Zuwendungen** (z. B. Parteispenden)

■ Einflusskanäle

- Medien
- vorparlamentarischer Raum (Ministerialbürokratie)
- Unterstützung von Parteien und Kandidaten
- Informationsangebote (z. B. Vorträge, Flyer etc.)



© **STARK Verlag**

www.stark-verlag.de

info@stark-verlag.de

Der Datenbestand der STARK Verlag GmbH ist urheberrechtlich international geschützt. Kein Teil dieser Daten darf ohne Zustimmung des Rechteinhabers in irgendeiner Form verwertet werden.

STARK